

# ARCOM HIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums

## MAROKKO

# Zwischen Repression und Selbstermächtigung

Anfang Dezember 2018 fand in der marokkanischen Hauptstadt Rabat die erste Konferenz der ARCOM statt. Die «Association des Refugi-és et Communautés Migrantes», also die «Vereinigung der Geflüchteten und migrantischen Communities» gilt aktuell als die wahrscheinlich dynamischste und stärkste Gruppe aus dem Spektrum der selbstorganisierten Migrant\_inn\_vereine in Marokko.

Die ARCOM wurde im Jahr 2005 von einer Gruppe von Geflüchteten aus der Demokratischen Republik (RD) Kongo gegründet, darunter der Buchautor und Aktivist Emmanuel Mbolela. Die Gruppe kann bereits auf eine Vielzahl von Aktionen zurückblicken. Seien es Proteste gegen Abschiebungen in das marokkanisch-algerische Grenzgebiet, Widerstand gegen Polizeigewalt, gegen die Externalisierung des

EU-Grenzregimes sowie gegen die Passivität des «UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge» (UNHCR), oder Kampagnen für den Zugang zu Gesundheitsversorgung und für die Legalisierung von Papierlosen: Die Arbeit der ARCOM hat in unzähligen Fällen konkrete Hilfe geleistet und wohl oft auch Leben gerettet. Ausserdem brachte die ARCOM die «Stimme der Stimmlosen», also der Illegalisierten, mit

Nachdruck in den öffentlichen Diskurs – sowohl in Marokko als auch in Europa. Die Gruppe ist Teil des Netzwerks *Afrique Europe Interact* und arbeitet eng mit dem Europäischen BürgerInnen Forum zusammen. Im Jahr 2014 gründete die ARCOM ein Frauenhaus für subsaharische Migrantinnen und schuf damit zum ersten Mal in der Geschichte Marokkos einen Ort, an dem von Gewalt Betroffene migrantische Frauen in Sicherheit sind.

## Auf Messers Schneide

In den 13 Jahren ihrer Existenz gelang es der ARCOM jedoch niemals, eine eigenständige Konferenz zu organisieren – dies lag jedoch nicht etwa an fehlenden organisatorischen Kapazitäten der Gruppe, die mittlerweile zehn dauerhafte, mehrheitlich ehrenamtlich arbeitende Mitglieder umfasst. Vielmehr erschwerte das politische Klima in Marokko die Selbstorganisation von Geflüchteten seit jeher massiv. Und auch die Konferenz Anfang Dezember stand buchstäblich bis zur letzten Minute auf Messers Schneide: Die ARCOM, die einen grossen Saal im Stadtteil Hay Nada gemietet hatte, musste hohe behördliche Auflagen erfüllen, die von den zuständigen Beamten völlig unerwartet am Tag vor dem Beginn der Konferenz aufkotroyiert wurden. Zudem wurden mehreren Eingeladenen die aktive Teilnahme an der Konferenz schlichtweg untersagt – betroffen waren vor allem Organisationen aus der marokkanischen Zivilgesellschaft, unter anderem die Menschenrechtsgruppe GADAM, die wenige Monate zuvor einen ausführlichen, kritischen Bericht über die Abschiebungen von Migrant\_innen durch die marokkanische Polizei veröffentlicht hatte<sup>1</sup>. Aus all diesen Gründen war noch am Morgen des ersten Tages der Konferenz völlig unklar, ob das geplante Ereignis überhaupt durchgeführt werden könnte. Als dann trotz stark verzögerter Beginnzeit über 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer – mehrheit-

AZB 4001 Basel  
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel

«Utopie ist für den Erhalt des Lebens auf der Erde unentbehrlich geworden.»  
(Murray Bookchin, 1921–2006)

In diesem Sinne, wünschen wir Euch, liebe Leserinnen und Leser, ein schönes, interessantes und erfreuliches Jahr 2019 und möchten gerne weiterhin auf Eure Anregungen, Kritik und Beiträge zählen können.

Das Redaktionsteam

lich Migrant\_innen aus Ländern südlich der Sahara – erschienen, war die Erleichterung gross.

## Das Wort den Migrant\_inn\_en

Der starke Zuspruch war laut der Einschätzung mehrerer Mitglieder der ARCOM unter anderem darauf zurückzuführen, dass es in den migrantischen *Communities* viel Wut und Frustration gibt: Die Überwindung der Grenzzäune rund um Ceuta und Melilla wird immer schwieriger, in Marokko sind Verhaftungen und Rückschiebungen in den südlichen Teil des Landes seit dem Sommer wieder an der Tagesordnung. Die Geflüchteten sind also blockiert.

1. Siehe Artikel in dieser Nummer: «Verschleppt vor den Toren der Festung».



Arroyo Eduardo, Grand pas du Saint-Bernard, 1965

Vor dem Hintergrund dieser Umstände hätte der Titel der Konferenz nicht besser gewählt sein können: «*La Voix aux Migrant-e-s*» – also «*das Wort den Migrant\_innen*» – die Betroffenen sollten selbst sprechen. Allasane Dicko von der AME, der Vereinigung der Abgeschobenen aus Mali, moderierte das zweitägige Zusammentreffen. Denn es war der dezidierte Anspruch der Konferenz, transnationale Verbindungen zwischen sozialen Bewegungen zu stärken sowie neue Verbindungen herzustellen. Das Ziel bestand darin, den geographischen Bogen von West- und Zentralafrika über den Maghreb bis nach Europa zu spannen.

Ebenfalls vertreten waren Aktivist\_innen des *Watch the Med Alarm Phone* aus Tanger im Norden des Landes. Das *Watch the Med Alarm Phone* ist ein Netzwerk zur Seenotrettung im Mittelmeer, das vor mittlerweile fünf Jahren gegründet wurde. Eine Telefonhotline, die rund um die Uhr betreut wird, nimmt Anrufe von Schiffbrüchigen entgegen und leitet die Informationen sowie den Standort des Bootes an die Seenotrettungen der zuständigen Länder weiter. Die Arbeit des *Alarm Phones* ist angesichts der sich verschärfenden Kriminalisierung privater Hilfsorganisationen im Mittelmeer von zentraler Bedeutung.

Des Weiteren nahmen Aktivist\_innen des transnationalen Netzwerks *Afrique Europe Interact* teil, die vor kurzer Zeit das *Alarm Phone Sahara* gründeten. Das *Alarm Phone Sahara* will

wie das *Watch the Med Alarm Phone* eine verlässliche und stabile Grundlage für die Notrettung von Flüchtenden organisieren – Schätzungen zufolge sterben bei der Durchquerung der Sahara mindestens genauso viele Menschen wie bei der Überquerung des Mittelmeers.

### Kriege und patriarchale Gewalt als Fluchtgründe

Einen besonders zentralen Platz bei der Konferenz hatten die Beiträge migrantischer Frauen. Viele von ihnen leben aktuell im Frauenhaus der ARCOM. Das Frauenhaus umfasst mittlerweile fünf angemietete Wohnungen, die meisten von ihnen liegen im Stadtteil Hay Nada, wo auch die Konferenz stattfand. Rund 50 Frauen leben aktuell in den Strukturen des Frauenhauses, der Grossteil von ihnen kommt aus der Elfenbeinküste, aus Guinea, der RD Kongo, aus Mali oder Benin – viele von ihnen haben kleine Kinder. Ihre Fluchtgründe sind divers: Frauen aus der RD Kongo oder aus der Elfenbeinküste fliehen vor den Auswirkungen der dortigen Kriege; Zahlreiche Frauen berichteten von patriarchaler Gewalt, insbesondere von Zwangsverheiratungen. Viele sprachen davon, dass ihre Gewalterfahrungen keineswegs mit der Flucht zu Ende waren – auch in Marokko sind sie sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Besonders schlimm sind die Übergriffe im marokkanisch-algerischen Grenzgebiet. Die Gewalt geht meist von Grenzpolizisten und Militärs aus, teils aber auch von mitreisenden Migrantinnen.

### Kinder und Jugendliche

Das Programm der Konferenz bestand jedoch nicht zur Gänze aus Podiumsdiskussionen und Redebeiträgen: Eine Reihe von Migrant\_innen präsentierten *Slam*-Vorführungen, also selbstgedichtete Text-Performances. Rund zwanzig Kinder und Jugendliche aus dem Umfeld der ARCOM brachten ein eindrucksvolles und sehr berührendes Theaterstück zur Aufführung – zentrales Thema war dabei die Förderung des friedlichen und solidarischen Zusammenlebens zwischen marokkanischen und migrantischen Kindern und Jugendlichen. Ein grossartiger Erfolg in diesem Zusammenhang ist, dass in den Theaterkursen der ARCOM nicht nur Kinder von Geflüchteten mitwirken, sondern auch solche aus marokkanischen Familien. Abends gab es Live-Musik einer kongolesischen Gruppe – von Bob Marley bis

zum berühmten und viel gefeierten «Rumba Congolais».

### Projekte und Perspektiven

Für uns vom Europäischen BürgerInnen Forum und die anderen sozialen Bewegungen und Strukturen, die die Arbeit der ARCOM diesseits und jenseits des Mittelmeers unterstützen, dürften sich in der kommenden Zeit folgende Aufgaben stellen: Erstens steht für die ARCOM die Überlegung im Raum, ein soziales Zentrum für Migrant\_innen zu gründen – eventuell mit einem Restaurantbetrieb, und wenn möglich in räumlicher Nähe der fünf Wohnungen des Frauenhauses. Dafür wird es notwendig sein, finanzielle Unterstützung in Europa zu organisieren. Zweitens ist es wichtig, die Strukturen des *Mittelmeer-Alarmphones* sowie des *Alarmphone Sahara* zu stärken. Möglichst viele Migrantinnen und Migranten müssen von der Möglichkeit wissen, dass sie im Notfall auf eine Rettung in der Wüste oder auf hoher See zählen können. In der wichtigen Transitstadt Rabat kann die ARCOM hier eine Schnittstelle darstellen. Drittens muss die Kritik an der Externalisierung des EU-Grenzregimes verstärkt werden. Hier wird es besonders wichtig sein, oben genannte transnationale Bündnisse zu schaffen, von Mali und Niger über die Länder des Maghreb bis nach Europa. Denn die Europäische Union verstärkt den Druck auf die Länder des Maghreb sowie die Länder der Sahelzone immer mehr. Unverhohlen werden auch Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit dafür eingesetzt, Migrationsabwehr zu betreiben. Das haben zuletzt unter anderem Simone Schlindwein und Christian Jakob in ihrem Buch «*Diktatoren als Türsteher Europas*» nachgewiesen.

### Politische Bildungsarbeit

Viertens sollte das Buch des ARCOM-Gründers Emmanuel Mbolela weitere Verbreitung finden. Mbolela berichtet darin über den Widerstand gegen das Regime von Joseph Kabila in der Demokratischen Republik Kongo, über seine Flucht, über seine Aktivitäten in Marokko und die Gründung der ARCOM bis hin zur Arbeit von *Afrique Europe Interact*. Das Buch ist ein wichtiges Werkzeug im Aufbau von politischer Solidarität und kommt unter anderem in unzähligen Schulen zum Einsatz. Des Weiteren dient es als zentrales *tool* für das Einwerben von Spenden für das Frauenhaus in Rabat. Nachdem das Buch im Jahr 2014 auf

Deutsch erschienen ist, publiziert das Europäische BürgerInnen Forum im Jahr 2017 eine französische und in diesem Jahr eine italienische Version. Übersetzungen auf Spanisch und Holländisch liegen vor, hier werden noch Verlage gesucht. Im Herbst 2019 soll bei Farrar, Straus & Giroux in New York die englische Ausgabe erscheinen. Fünftens geht es darum, gemeinsam Druck aufzubauen und den marokkanischen Staat dazu zu bewegen, eine weitere Legalisierungskampagne zu eröffnen. Nachdem es für Illegalisierte in den Jahren 2014 und 2016 bzw. 2017 bereits möglich war, unter gewissen Auflagen zu Aufenthaltspapieren zu kommen, wäre es höchste Zeit, diese Möglichkeit wieder zu eröffnen. Dies würde einen wichtigen Schutz gegen willkürliche Gewalt von Seiten der Polizei darstellen und vor allem Arbeitsmöglichkeiten eröffnen.

### Neokoloniale Ausbeutung beenden

*Last but not least* sollte in der gemeinsamen politischen Arbeit die Ausplünderung der Ressourcen in den Herkunftsländern der Geflüchteten thematisiert werden. Nicht umsonst hat sich das Netzwerk *Afrique Europe Interact* auf die Fahnen geschrieben, nicht nur für das Recht zu gehen zu kämpfen, sondern auch für das Recht zu bleiben; also für das Recht, unter würdigen und guten Bedingungen dort leben zu können, wo man aufgewachsen ist. Diese Forderung kam während der Konferenz in mehreren Redebeiträgen klar zum Ausdruck: So wies Emmanuel Mbolela im Eröffnungsvortrag der Konferenz einmal mehr darauf hin, dass das Coltan aus dem Kongo frei reisen kann; ebenso das Gold aus Mali, der Kakao aus der Elfenbeinküste oder das Erdöl aus Nigeria – den Menschen allerdings wird die Reisefreiheit verwehrt. Europa behauptet, so Mbolela, dass es nicht möglich sei, das Elend der ganzen Welt aufzunehmen – doch anscheinend ist es für Europa seit Jahrhunderten sehr wohl möglich, die Reichtümer aus aller Welt aufzunehmen. Das, so der Grundtenor der Konferenz, muss sich grundlegend ändern!

Alexander Behr, EBF

## Archipel

### Monatszeitung des Europäischen BürgerInnenforums

Januar 2019 - Nr. 277

#### Jahresabonnement:

11 Nummern, 60 sFr; 40 Euro  
Verlag, Herausgabe, Herstellung,  
Redaktion: Europ. BürgerInnenforum  
Verantwortliche Redakteurinnen:  
Joëlle Meunier, Constanze Warta  
Druck: Ropress Zürich  
forumcivique.org

#### Europäisches BürgerInnenforum

##### Schweiz:

Postfach 1848, CH-4001 Basel  
Tel: 0041/61 262 01 11  
ch(a)forumcivique.org

##### Österreich:

Lobnik 16  
A-9135 Eisenkappel/Zelezna Kapla  
Tel: 0043/42 38 87 05  
at(a)forumcivique.org

##### Deutschland:

Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf  
D-17159 Dargun  
Tel: 0049/39 959 23 881  
de(a)forumcivique.org

##### Frankreich:

St. Hyppolite  
F-04300 Limans  
Tel: 0033/4 92 73 05 98  
fr(a)forumcivique.org

##### Ukraine:

vul. Peremogi 70  
UKR-90440 Nijne Selischtsche  
Tel: 00380/31 42 512 20  
ua(a)forumcivique.org



# Verschleppt vor den Toren der Festung

«Coûts et blessures» (Kosten und Verletzungen), so lautet der Titel einer Studie von GADEM, einer antirassistischen Gruppe, die sich um die Begleitung und den Schutz von Geflüchteten kümmert. Es handelt sich um eine Feldstudie aus dem Sommer 2018 über Polizeiaktionen im Norden Marokkos, vor allem in Rabat, Casablanca und Tanger.

45 Direktbetroffene (11 Frauen, 19 Männer und 15 Minderjährige) haben für diese Studie ausgesagt, die mit Hilfe von Partnerorganisationen und Aktivisten aus der Zivilgesellschaft erarbeitet werden konnte. Der Bericht rückt die Polizeigewalt in einen politischen und supranationalen Kontext und wirft das Licht auf die Kollaboration von Marokko mit der Europäischen Union, allen voran mit Spanien. Seit Juni 2018 operieren die Ordnungskräfte regelmässig in Marokkos Norden, mit einer Konzentration an den Grenzen zu den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla, in Tanger, Tétouan, Nador, Oujda und in den vorgelagerten Gebieten dieser Städte. «Schwarze und demnach als nicht Marokkaner\_innen wahrgenommene Menschen»<sup>1</sup> sollen von den Grenzgebieten ferngehalten werden.

Nichts Neues eigentlich. Der Norden Marokkos ist schon seit langem Objekt besonderer Aufmerksamkeit und die neue, im Jahr 2013 beschlossene Migrationspolitik hat nichts an den Sicherheits- und Repressionspraktiken geändert. Im Gegenteil, der Staat rechtfertigt diese Massnahmen mit dem «Kampf gegen die Schlepperbanden»<sup>2</sup> Zugleich hat die Regierung eine Integrationskampagne gestartet. Doch, wie bei den Legalisierungskampagnen von 2014 und 2017, bekommt nur eine kleine Minderheit Zugang zu einem Aufenthaltsrecht. Ausserdem ist die Hürde für eine Verlängerung einer bereits erworbenen Aufenthaltsgenehmigung gross. Nun haben Akteure aus der Zivilgesellschaft einen massiven Anstieg an Verschleppungen festgestellt.

## In der Wüste ausgesetzt

Über 6'500 Menschen sollen zwischen Juli und Anfang September 2018 festgenommen und in die Wüste gebracht worden sein. Wie bereits bei den gross angelegten Aktionen im Frühjahr

2015 und 2017 ging es darum, die Geflüchteten in Städte weit im Süden zu verfrachten. Nie zuvor aber waren so viele Menschen betroffen, die nach dem Gesetz unter dem Schutz Marokkos stehen. Unbegleitete Minderjährige, Frauen, schwanger und mit Kleinkindern, wurden diesen Sommer schutzlos im Süden ausgesetzt. Das ist ein neues Niveau der Skrupellosigkeit. Ein trauriger Höhepunkt war der Tod von zwei jungen Männern aus Mali und Gambia, die das Verschleppen in Handschellen nicht überlebten. Zeugenaussagen belegen, dass all die Betroffenen erkenntnistzlich behandelt wurden. Minderjährige wurden gezwungen, die Namen ihrer Eltern preiszugeben, und dann verschleppt, obwohl das marokkanische Gesetz streng verbietet, Minderjährige abzuschieben oder Push-Backs in das Niemandsland an der Grenze zu Algerien zu vollziehen.

GADEM konzentriert sich auf die Festnahmen im August 2018 in Tanger, nach der versuchten Überwindung des Grenzzaunes am 26. Juli. Andere Organisationen berichten Vergleichbares aus Nador, Oujda und Umgebung sowie Tétouan. Die Angst und die Gewalt haben die Geflüchteten aus Tétouan von einem auf den anderen Tag vertrieben. Manche der Zeug\_innen wurden mehrmals dicht hintereinander kontrolliert – von Männern in Zivil, verumumt und maskiert, die nicht davor zurückschrecken, zu schlagen und zu rauben. Bei diesen Kontrollen werden Pässe, Geld und Handys weggenommen – die wichtigsten Dinge auf der Flucht. Die Menschen werden im Schlaf überrascht und haben nicht einmal die Zeit, sich anzuziehen oder die Tür zu ihrer Behausung zu schliessen. Mehrere Opfer berichten: «Am 7. August haben Polizisten meine Tür eingetreten (...). Wir waren zu zweit. Ich habe alles in dem Zimmer gelassen, mein Handy, 400 Dirham. Ich



Ute Müller, ohne Titel 5, 2015.

habe mir nur meinen Rucksack schnappen können. Sie haben mich auf die Strasse geschmissen. Es war so gegen 4 Uhr morgens.» (Zeuge, minderjährig aus Conakry in Guinea. 5. Sept. 2018 in Takkadoum, Rabat). «Das zweite Mal waren wir zu viert, als sie die Tür zerschlagen haben. Mit Schlagstöcken und ihren Stiefeln haben sie die Tür eingeschlagen. Sie haben in ihrer Sprache gesprochen, ‚Yallah‘-, ‚Aufstehen, Raus‘. Das war am 10. August.» (Zeuge, minderjährig aus Conakry in Guinea. 6. Sept. 2018, Yacoub El Mansour, Rabat. Er wurde schon einmal im April desselben Jahres festgenommen.). «Sie sind um 2 Uhr morgens gekommen. Wir sind zahlreich bei uns. Sie haben alles zerstört. Es waren Soldaten, sie haben geschrien: ‚Yallah yallah!‘.» (Zeugin, schwanger, aus Conakry in Guinea. 11. Sept. 2018.)

Die Verschleppten finden sich an Orten wieder, in denen sie nichts und niemanden kennen. Die Bedingungen sind entsetzlich: fehlendes Trinkwasser, kaum Essen, keinerlei korrekte Unterbringung und sehr prekäre Schlafmöglichkeiten bei einem hohen Gewaltrisiko. NGOs spre-

chen von einer humanitären Katastrophe. Die Regierung redet sich die Situation schön und rechtfertigt die Verschleppungen mit der Behauptung, die Lebensbedingungen im Süden seien besser und eine Integration leichter möglich. Die interviewten Menschen sind allerdings nur so kurz wie möglich im Süden geblieben und, sobald es eine Gelegenheit gab, zurück nach Tanger geflohen. Die Mittel, die zur Durchführung der Gefangennahmen mobilisiert wurden, zeigen auf beeindruckende Weise die Möglichkeiten, welche die Ordnungskräfte zur Verfügung haben, um die Massenverschleppungen durchzusetzen.

## Geplante Abschiebungen

Ein anderes Thema sind die Abschiebungen in die Herkunftsländer der Geflüchteten. Bis jetzt hat Marokko nicht in grossem Ausmass Sans-Papiers in ihre Herkunftsländer abgeschoben, es kommen aber durchaus Rückführungen vor. Der Regierungssprecher Mustapha Khalfi behauptete

1. GADEM benutzt diese Terminologie, um klar zu machen, dass die Festnahmen und Verschleppungen ausschliesslich auf der Hautfarbe und Nationalität beruhen.

2. Zitat von Regierungssprecher Mustapha El Khalfi.

noch am 30. August 2018, dass es keine Abschiebungen gäbe, nur Umsiedlungen. Andere offizielle Quellen liessen aber verlautbaren, dass es durchaus Rückführungen in Herkunftsländer gäbe, und bestätigten so die Beobachtungen von Menschenrechtsorganisationen. Repräsentanten von Botschaften der west- und zentralafrikanischen Staaten wurden eingeladen, um sich die Hintergründe der marokkanischen Vorgehensweise erklären zu lassen. Es ging auch darum, die Rückführung von 1'500 Migrant\_inn\_en aus subsaharischen Ländern zu besprechen, die in Marokko keine Papiere und keine Bleibeerlaubnis hatten. Die Rückführungen wurden mit der «Internationalen Organisation für Migration» (IOM) geplant, die ebenfalls zu der Konferenz eingeladen war. EFE, die Spanische Presseagentur, berichtete dazu: «Die Migranten und Migrantinnen aus subsaharischen Ländern werden zurückgeschickt, um sie aus dem Bannkreis der Menschenhändler zu nehmen. Diese mafiösen Strukturen haben seit der Schliessung der libyschen Grenze Richtung Italien ihren Schwerpunkt auf Marokko gelegt.» Die Agentur wies weiter darauf hin, dass «aus Regierungskreisen verlautbart wurde, dass der Plan sei, Menschen in ihre Länder zurück zu schicken. Es gäbe in jeder afrikanischen Botschaft in Marokko einen Angestellten, der mit der Frage von Identifikation und Repatriierung beauftragt sei.» Dafür sei eine Kommission eingesetzt worden und die Botschaften kollaborieren anscheinend willfährig, um den Prozess in Gang zu bringen.

Der GADEM-Bericht beschreibt den Unterschied, der zwischen einer illegalisierten Person besteht, die sich freiwillig und aus persönlichen Gründen für eine Rückkehr in ihr Heimatland entscheidet, und einer Person, die abgeschoben wird – es ist der kleine Unterschied des Einvernehmens. So bat der Europarat seine Mitglieder in einer Mitteilung von 2010, darüber zu wachen, dass Rückführungen wirklich einvernehmlich stattfinden, ohne Druck auf die Betroffenen. Ausserdem sollten die letzten Schritte von unabhängiger und unparteiischer Seite vollzogen werden.

### Königlicher Spagat

Es ist wichtig, sich die Frage zu stellen, unter welchen Rahmenbedingungen diese schweren Menschenrechtsverletzungen überhaupt stattfinden können. Wie ist

diese rassistische Diskriminierung, die ausschliesslich der Entfernung Geflüchteter von den Mauern der Festung Europa dient, nachvollziehbar? Marokko wusste sich mit seiner geographischen Position immer gut in Stellung zu bringen, wenn es darum ging, Menschen aus west- und zentralafrikanischen Ländern von der spanischen Grenze fernzuhalten, und wurde dafür reichlich belohnt und militärisch ausgestattet. Marokko verhandelt sowohl mit der EU als auch mit einzelnen Mitgliedstaaten, vor allem mit Spanien. Dies geschieht vermehrt, seitdem Marokko als «Tor nach Europa» gehandelt wird. Marokko versteht es mit einem Hin und Her von Zugeständnissen und Widerstand in den Verhandlungen mit der EU, finanziel-

le Unterstützung für seinen Kampf gegen illegale Migration zu bekommen und damit generell eine höhere Entwicklungshilfe für das Königreich. Heute, durch das Partnerabkommen mit Spanien und im Rahmen der multilateralen Verhandlungen sowie dem Fischereiabkommen mit der EU, kann Marokko seine Position gegenüber den EU-Instanzen gut verteidigen. Die verschiedenen Deklarationen und Aktivitäten von der marokkanischen Seite im August und Anfang September 2018 zeigen uns, dass das Land seine Rolle als Türsteher Europas akzeptiert hat und dass die gewalttätigen, ohne eine gesetzliche Grundlage durchgeführten Operationen die Folge einer überlegten Entscheidung sind.

Marie-Pascale Rouff, EBF

## FRANKREICH

# Aufstand der Unsichtbaren

**Gekleidet in gelbe Warnwesten, die man in Frankreich immer im Auto haben muss, sind hunderttausende Menschen im ganzen Land gegen Präsident Emmanuel Macron auf die Strasse gegangen. Seit Mai 68 nie mehr gesehene Gewaltszenen zwischen Demonstrierenden und Ordnungshütern spielten sich in Paris und überall im Lande ab.**

Mit den so genannten *Gilets Jaunes*, den Gelbwesten, ist, wie aus dem Nichts, ein neuer Akteur auf Frankreichs politischer Bühne aufgetaucht, der mit vorhergehenden Revolten wenig zu tun hat. Der ursprüngliche Grund für die Entstehung der Gelbwesten-Bewegung war ein Protest gegen die geplante Anhebung der Benzinpreise. Bereits im vergangenen Jahr sind Diesel und Benzin aufgrund des steigenden Ölpreises teurer geworden. In der zweiten Jahreshälfte 2018 gab die Regierung dann bekannt, dass sie zum 1. Januar 2019 eine neue CO<sub>2</sub>-Steuer auf Diesel und Benzin einführen würde. Das hat unter einem gewissen Teil der Bevölkerung für grossen Unmut gesorgt, insbesondere bei Menschen aus ländlicheren Regionen, die täglich mit dem Auto zur Arbeit fahren müssen. Die Spritkosten fressen einen Grossteil ihres Einkommens. Die Demonstrationen entwickelten sich schnell zu einer Massenbewegung, welche die Regierung in eine ernsthafte Krise gestürzt hat. Bei jedem Protest wurde der Rücktritt von Präsident

Macron gefordert und zudem die Auflösung des Parlaments sowie des Senats. Niemand hatte mit einem solchen Aufstand der bisher Unsichtbaren gerechnet.

### Die Anfänge

Als die Regierung die neue Benzinsteuer bekannt gab, begannen die Menschen, sich vor allem über das Internet zu organisieren. Es gab keine bestimmte Organisation oder Personengruppe, die den Protest anführte. In den Wochen, bevor die Proteste angingen, sind zahlreiche Facebook-Gruppen entstanden, in denen Menschen über verschiedene Forderungen und Vorschläge diskutierten. Die 40 Forderungen der Gelbwesten sind über Facebook-Umfragen zustande gekommen (siehe weiter unten).

Die erste Demonstration fand am 17. November 2018 statt. Das war der Startschuss für die Bewegung in ganz Frankreich. Die Protestierenden besetzten die grünen Inseln auf den Kreisverkehren und organisierten Strassenblockaden, mit denen sie den Verkehr verlangsamten oder

lahmlegten. Sie veranstalteten Aktionen gegen Mautstationen auf den Autobahnen, deren Schranken entweder zerstört oder offengehalten wurden, so dass die Autofahrer\_innen gratis passieren konnten. An diesem ersten Tag gab es über 2'000 Aktionen in ganz Frankreich. Zahlreiche Menschen wurden verhaftet, einige verletzt und eine Frau der Gelbwesten wurde überfahren und starb. Es gab schwere Zusammenstösse mit der Polizei und in der Folge vehemente staatliche Repressionen. Obwohl die Polizei in den folgenden Tagen hart gegen die Protestierenden vorging, liess sich die Bewegung nicht beirren. Die Leute beschlossen, nicht nach Hause zu gehen, bis die Regierung ihre Forderungen angehört hätte.

### Verschiedene Engagements solidarisieren sich

Seitdem ist es jeden Samstag in Paris und vielen anderen Städten zu grossen Demonstrationen gekommen. Am Samstag, den 24. November 2018 waren es etwa 100'000 Menschen, an den darauffolgenden Samstagen, am 1. Dezember etwa 150'000 und am 8. Dezember schätzungsweise 125'000. Über Facebook wurden einige Gelbwesten dazu auserkoren, sich mit der Regierung zu treffen. Die Protestierenden selber stellten deren Legitimität allerdings schnell infrage und es kam zu keinen Verhandlungen. Die Gelbwesten wollten keine Vertreter\_innen, die zu neuen Chefs oder Medienstars hätten aufsteigen können. Generell wollten die Menschen in Frankreich, dass die Proteste auf den Strassen weitergingen.

Die Demonstrationen mischten sich teilweise mit anderen Kämpfen wie den «Märschen für das Klima» angesichts des COP-24-Umweltgipfels in Warschau. Die Mehrheit der Gelbwesten ist nicht generell gegen Steuern, auch nicht gegen ökologische Massnahmen, sondern möchte darüber diskutieren, wie sie beschlossen werden, wer durch sie hauptsächlich belastet wird und für was sie genau verwendet werden. In Marseille gingen Tausende von Menschen auf die Strasse, nachdem der Einsturz mehrerer Gebäude in der «Rue d'Aubagne» in der Innenstadt auf Grund von Vernachlässigung neun Todesopfer gefordert hatte. Auch hier kam es nach zuerst getrennten Demonstrationen zu einer Vermischung mit den Gelbwesten. Mehrere Gewerkschaften begannen dann ebenfalls zu mobilisieren. Die Schüler\_innen von



400 Gymnasien und Student\_in\_n\_en von einzelnen Universitäten blockierten ihre Lehranstalten und solidarisierten sich mit den Gelbwesten. Inhaltlich stellten sie eigene Forderungen. Ihr Protest richtete sich gegen die Einschränkung des Zugangs zu Hochschulen nach dem Abitur und die angekündigte Versechzehnfachung von Einschreibgebühren für ausländische Studierende – von bislang rund 200 Euro auf über 2'700 Euro jährlich.

Am 4. Dezember 2018 gab die Regierung dann bekannt, dass die neue Benzinsteuern für sechs Monate ausgesetzt würde. Die Gelbwesten waren damit nicht zufrieden, weil sie deren definitive Abschaffung wollten und ihre Forderungen inzwischen viel weiter reichende Dimensionen angenommen hatten. Ziemlich schnell wurde dann bekanntgegeben, dass die neue Benzinsteuern ganz ausgesetzt würde. Doch auch hier blieb die beruhigende Wirkung aus.

### Ungleichheit als Ursache

Ein wachsender Teil der französischen Bevölkerung hatte insbesondere seit der Finanzkrise 2008 stark gelitten. Die sozial- und finanzpolitischen Reformen, die Präsident Emmanuel Macron und seine Vorgänger umgesetzt hatten, verstärkten die Ungleichheit im Land weiter. Diese Ungleichheit führte zu einer stillen aufgestauten Wut, für die es nur einen kleinen Funken brauchte, um sie zur Explosion zu bringen. Es kam in verschiedenen Städten, am Spektakulärsten in Paris, zu spontanen Gewaltausbrüchen, die als Reaktion auf das brutale Vorgehen der Einsatzpolizei noch verstärkt wurden. Neben der Prachtstrasse Champs Elysée besetzten die Protestierenden auch das nationale Heiligtum des Triumphbogens und veranstalteten ein Picknick auf der Grabstätte des unbekanntes Soldaten.

Jetzt rächte sich der von der Regierung unerschämte betriebene Abbau des Einflusses der sogenannten «Corps intermédiaire», nämlich von Institutionen wie den Gewerkschaften, die bisher eine Vermittlerrolle innehatten. Menschen, die noch nie einen Pflasterstein geworfen hatten, taten dies jetzt. Einfache Bürger\_innen liessen vor laufender Kamera verlauten: «Ohne Gewalt hört uns sowieso niemand zu.» Menschen, die vorher noch nie mit der Polizei in Konflikt geraten waren, wurden jetzt massiv mit Tränengas und Flashballs beschossen, verprügelt und verhaftet. Die Richter\_innen arbeiteten

auf Geheiss der Regierung wie am Fliessband, um die Verhafteten im Schnellverfahren zu verurteilen. Bei den chaotischen Zuständen kam es zu Plünderungen von Geschäften, für die aber nicht die Gelbwesten verantwortlich gemacht werden können, sondern Trittbrettfahrer und Jugendliche aus dem Subproletariat. Trotz aller Gewalt: Eine Mehrheit der Französischen und Franzosen unterstützte die Gelbwesten weiter. Die Angriffe der Aufständischen richteten sich, neben derjenigen gegen Mautstellen und Radare, auch gegen Banken, Finanzämter und Präfekturen. Die Protestierenden machten sich auch dazu auf, Benzin- und Öllager oder Häfen zu blockieren.

In den grossen Städten war der Graben der Ungleichheit anfangs nicht so deutlich sichtbar. Ausser – wie schon immer – derjenige mit den vernachlässigten *Banlieues*. Die ersten Proteste kamen aus ländlichen Gegenden und kleineren Städten in der Provinz – also von der Peripherie her. Dort, wo der «Service public» ständig abgebaut wird: Schliessung von Schulen, Postämtern, Spitälern und Eisenbahnlinien. Zudem mussten mehr und mehr Menschen feststellen: Am Monatsende reicht das Geld nicht.

### Sichtbar werden

Wer ist dieser noch bis vor kurzem unsichtbare Teil von Frankreich, der plötzlich beschloss, gelbe Westen anzuziehen, um sich sichtbar zu machen? Die Bewegung besteht aus sehr unterschiedlichen Menschen, z.B. Arbeiter\_innen in prekären Arbeitsverhältnissen, Teilzeitarbeitende, Arbeitslose, Rentner\_innen, Lehrer\_innen und Kleinunternehmer\_innen. Viele Frauen tragen die gelben Westen und nehmen an den Strassenblo-

ckaden teil, denn sie sind eine besonders gefährdete Gruppe in der aktuellen Wirtschaftslage. Am Ursprung der Bewegung waren Leute, die sich als unpolitisch bezeichneten, die noch nie zuvor demonstriert hatten, oft aus Enttäuschung nicht mehr wählen gingen und die sich von keinem politischen Lager vereinnahmen lassen wollten. Dann gab es Demonstrierende sowohl aus dem linken als auch aus dem rechten politischen Spektrum, aber ohne ihre Etikette kund zu tun.<sup>1</sup> Alle diese Menschen haben eines gemeinsam: Ihr Geld reicht nicht bis zum Monatsende.

In den französischen Medien erklärten sie, dass sie zu viele Steuern und Rechnungen bezahlen müssten und dass sie dann kein Essen mehr im Kühlschrank hätten. Sie erzählten, dass sie ihre Kinder kaum ernähren könnten oder dass ihnen nur noch 50 Euro im Monat blieben, um Kleidung und andere Dinge zu kaufen. Während der ganzen Zeit des Protestes traten erstaunlich viele Stimmen auf, die sonst nie zu Wort gekommen waren. Nur ein geringer Teil der Protestierenden kann als linksradikal oder als rechtsextrem eingestuft werden.<sup>2</sup>

### Weitgehende Forderungen

Bei den Protesten in den letzten Wochen wurden nach und nach Forderungen laut, die weit über die Frage der Benzinpreise hinausgingen. Die Gelbwesten wollen, dass die Steuern für Arme gesenkt werden und der Mindestlohn gleichzeitig angehoben wird. Sie fordern, dass die Reichensteuer, die Macron abgeschafft hat, wieder eingeführt wird. Sie wünschen, dass Bürger\_innenversammlungen eingerichtet werden und für die Behörden verbindliche Volksentscheide auf lokaler und nationaler Ebene

stattfinden können. Dies ist nur ein kleiner Teil von insgesamt 40 Forderungen, mit denen sich diejenigen Gelbwesten, welche für Verhandlungen eintreten, an die Regierung gewandt haben. Der Forderungskatalog enthält noch folgende Anliegen: sofortige Lösung des Problems der Obdachlosigkeit, Regulierung der Mieten, regelmässige Anpassung der Löhne und Renten an die Inflation, Schaffung von Arbeitsplätzen für die Arbeitslosen, mehr finanzielle Unterstützung für Behinderte; Verbot, alte Menschen als Profitquelle zu benutzen, höhere Besteuerung der Grossen, die bisher kaum oder keine Steuern bezahlen wie MacDonald, Google, Amazon, Carrefour; Förderung kleiner Läden auf den Dörfern und in den Innenstädten, Aufrechterhaltung von Bahnhöfen, Postämtern, Schulen und Krankenhäusern; Schutz für die französische Industrie und Verbot von Delokalisierungen; gleiche Löhne und Rechte, wie die der Franzosen, für legal im Land arbeitende Ausländer\_innen. Was ökologische Massnahmen betrifft: Auflegung eines grossen Programms zur Wärme-Isolierung von Gebäuden, Förderung von mit Wasserstoff angetriebenen Autos anstatt von (nicht wirklich ökologischen) Elektroautos. Der grösste Teil dieser Punkte steht natürlich quer zur neoliberalen Entwicklung, welche die Regierung Macron durchsetzen will.

Bleibt noch die Frage der Migration: Gewährleistung eines guten Empfangs von Asylbewerber\_innen und Ausbildung von Minderjährigen, Förderung der Integration bzw. der Anpassung, Zusammenarbeit mit der UNO zur Einrichtung von Flüchtlingslagern «in zahlreichen Ländern auf der Welt», wo die Asylbewerber\_innen auf den Entscheid für ihren Antrag warten müssten; Zurückführung der abgelehnten Asylbewerber\_innen aus Frankreich in ihre Herkunftsländer. Im Gegensatz zu mehreren sozialen und ökologischen Forderungen sind diejenigen zur Migration nicht sehr originell. Immerhin wird ein korrekter Umgang mit den Schutzsuchenden gefordert, so lange sie legal sind. Die anderen Punkte blasen jedoch ins glei-



Ute Müller, Graffiti "Der störrische Esel", 2013.

1. Laut Umfrage in Le Monde vom 12.12.2018: Zusammensetzung der Gelbwesten: mehrheitlich aus den prekarierten Bevölkerungsschichten: 33,3 % Angestellte, 14,4 % Arbeiter\_innen, 25,5 % Inaktive (Rentner\_innen und Arbeitslose), 45 % Frauen.

2. Le Monde, 12.12.2018: Umfrage zur politischen Orientierung: Mehrheitlich deklarieren sich die Gelbwesten als unpolitisch, 40% tendieren aber zur Linken. 15% sind Linksradikale gegen 4,7 % Rechtsextreme.

che Horn wie die der «Festung Europa».

Bei den hier erwähnten Forderungen kann man nicht davon ausgehen, dass sie unbedingt von allen Gelbwesten begrüsst werden. Stark gemeinsam geteilt werden sicherlich alle Forderungen, welche die Umverteilung von Oben nach Unten betreffen, und auch diejenigen nach direkter Demokratie. Jetzt stellt sich natürlich die Frage, wie die weitgehenden Forderungen umgesetzt und finanziert werden sollen, falls die Regierung sie jemals in Erwägung ziehen sollte. Bisher war es so: Macron hat den Reichen ein Festmahl bereitet und den Armen unter dem Tisch versprochen, dass sie davon zwangsläufig ein paar Brösel abbekämen. Jetzt, da die Brösel nicht bei den Armen angekommen sind, wollen diese ein Stück vom Kuchen und vielleicht noch mehr. Der Präsident hat alles Interesse, sein neoliberales Modell der Umverteilung von Unten nach Oben umzudrehen, denn die Sanduhr läuft gerade gegen ihn.

### Der Präsident meldet sich zurück

3'300 Verhaftungen, 1'052 Verletzte (davon 187 Ordnungshüter\_innen), ein junger Mann im Koma nach einer Granatenattacke der Polizei, mehrere Unfalltote und der Tod einer 80-jährigen Frau durch Splitter einer Tränengasgranate seit dem Anfang der Proteste lautete die Bilanz nach dem Tag des 8. Dezembers. Kurz darauf, am 10. Dezember 2018, wandte sich der Präsident per Fernsehansprache an «sein Volk», nachdem er zuvor vierzehn Tage lang geschwiegen hatte. Bleich und starr verurteilte er die Gewalt auf den Strassen und verkündete mehrere Massnahmen, um die Wogen zu glätten: Erhöhung des Mindestlohns um 100 Euro im Monat, Rücknahme einer höheren Besteuerung von Kleinrenten, Abschaffung der Besteuerung von Überstunden und Empfehlung an die Unternehmer\_innen, Weihnachtspremien auszuzahlen. Eine Wiedereinführung der Reichensteuer, ein Hauptanliegen der Gelbwesten, lehnte er jedoch ab, mit der Begründung, als diese existierte, hätten *«die Reichsten das Land verlassen»*. Die überwiegende Mehrheit der Gelbwesten betrachtete die Vorschläge des Präsidenten als völlig ungenügend. Deshalb riefen sie unverzüglich zur Aufrechterhaltung der Mobilisierung auf.

Am Dienstag, 11. Dezember 2018, nur einen Tag nach der

Rede von Macron, kam es zu einem Attentat auf den Weihnachtsmarkt in Strassburg. Ein Mann schoss wahllos auf Besucher\_innen des Marktes, vier Menschen starben und ein Dutzend wurde verletzt. Als Täter konnte der islamistisch radikalisierte Chérif Chekatt aus Strassburg ausgemacht werden. Zuerst konnte dieser untertauchen, wurde aber zwei Tage später nach einer Polizei jagd erschossen. Auf Grund der Terrorat häuften sich die Appelle von Politiker\_innen an die Gelbwesten, ihre geplanten Proteste für Samstag, den 15. Dezember 2018, aufzugeben. Die Polizeigewerkschaft «Alliance» bat die Aufständischen um einen «Waffenstillstand», um *«durchatmen»* zu dürfen und um den wichtigen Sicherheitsaufgaben vor den Festtagen gerecht werden zu können. Die Bewegung reagierte gespalten: Der verhandlungsbereite Teil der Gelbwesten war geneigt nachzugeben, der andere beharrte auf der Mobilisierung.

### Wie weiter?

Am 15. Dezember ging nur noch rund die Hälfte der Anzahl an Protestierenden vom letzten Mal auf die Strasse: 66'000 Demonstrierende im ganzen Land, davon nur noch 4'000 in Paris. Der Innenminister forderte sogleich von den Gelbwesten, die besetzten Inseln in den Kreisverkehren zu räumen, welche zu sozialen und menschlichen Treffpunkten geworden waren. Wird damit das Ende der Bewegung eingeläutet? Oder wird sie weitermachen, sich verhärten oder an dem von der Regierung versprochenen «Grand débat national» (Grosse nationale Debatte) teilnehmen, auf dem es zum Dialog über die Forderungen kommen soll? Noch nie in den letzten Jahrzehnten, zumindest seit Mai 68, hat eine Bürger\_innenbewegung in Frankreich eine solche Breite und Bedeutung erlangt und die Regierung derartig in Bedrängnis gebracht, wie die der «Gilets Jaunes». Trotz einiger Konzessionen der Regierung geht die Bewegung vorläufig weiter. Wie auch immer diese Dynamik sich entwickelt, sie wird tiefe Spuren im Land hinterlassen.

Zu den wichtigsten Forderungen gehört nun die Einführung von Volksinitiativen, genannt RIC, für *référéndum d'initiative citoyenne*. Die Gelbwesten erhoffen sich, dass es dadurch zu einer wirklichen Mitbestimmung der Bevölkerung kommen könnte. Mit 700'000 Unterzeichner\_innen wäre es möglich, ein Volksbegeh-

ren zu folgenden Zwecken zur Abstimmung zu bringen: Abschaffung bestehender oder Einführung neuer Gesetze, Abberufung von Amtsträgern und Verfassungsänderungen. Damit wären die Kompetenzen sogar wesentlich weiter gefasst als diejenigen in der direkten Schweizer Demokratie. Neben den positiven Aspekten sollten aber die Gefahren nicht unterschätzt werden, da – je nach politischer Konjunktur und Stimmungsmache – auch

rechtsextreme Anliegen Mehrheiten finden könnten. In nächster Zukunft wird sich zeigen, wie weit das immer noch sehr zentralistisch regierte Frankreich in der Lage sein wird, sich auf eine direktere demokratische Ebene mit seiner Bevölkerung einzulassen. Oder ob sich die Elite des Landes dafür entscheidet, die nächste Revolution in Kauf zu nehmen.

Michael Rössler, EBF  
16. Dezember 2018

## KOLUMBIEN

# Die Samen als Keim eines wirklichen Friedens

**Cynthia Osorio vom kolumbianischen «Netzwerk der Hüter\_innen der Samen des Lebens» RGSV<sup>1</sup> berichtete mehrfach über Kolumbien in unserer Publikation. Im Folgenden gibt sie einen Rückblick auf den bisherigen Austausch mit Europa und berichtet, wie das Netzwerk – trotz der politischen Gewalt in Kolumbien – die Erhaltung der einheimischen Sorten weiterentwickelt.**

In den Jahren 2013 und 2014 besuchten wir im Rahmen der Kampagne «Widerständige Saat» sechs europäische Länder – Frankreich, Belgien, Österreich, Holland, Deutschland und die Schweiz –, um die katastrophalen Auswirkungen verschiedener Gesetze auf die Landwirtschaft bekannt zu machen, wie zum Beispiel die Vernichtung von mehr als viertausend Tonnen bäuerlichen Saatgutes in Kolumbien. Denn als Folge der Freihandelsabkommen, die Kolumbien mit europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten unterzeichnet hatte, waren mehrere Gesetze erlassen worden, die das Recht auf selber produziertes Saatgut abschaffen wollten.

### Erste spürbare Resultate

Zur gleichen Zeit diskutierte das Europäische Parlament über neue Saatgutgesetze für die EU. Unsere Kampagne «Widerständige Saat» hat unterdessen erste Früchte getragen: Die Gesetzesvorschläge der EU wurden abgelehnt und das «Internationale Monsanto Tribunal» im Jahr 2016 in Den Haag entstand aus der Empörung heraus, die ein Mitglied des Europäischen BürgerInnen Forums auf Grund unserer Berichte empfunden hatte. Das

Tribunal ermutigte zu konkreten Aktionen, um die Verbrechen von Monsanto aufzuhalten. Mehrere juristische Verfahren wurden auf Basis der Beschlüsse des Tribunals<sup>2</sup> in verschiedenen Ländern eingeleitet.

Durch unsere Rundreise sind direkte Verbindungen zwischen unserem «Netzwerk der Hüter\_innen der Samen des Lebens» (RGSV) in Kolumbien und Menschen oder Organisationen in Europa und anderen Ländern Lateinamerikas entstanden. Im Jahr 2014 gründeten wir in Frankreich den Verein «Les pieds dans la terre», um den Austausch mit Freund\_innen und Unterstützer\_innen in Europa zu erleichtern. Seither hat unser Verein zu verschiedenen Formen der Zusammenarbeit beigetragen: gegenseitige Besuche, Ausbildungskurse, Studienabschlussarbeiten und Workshops sowie finanzielle Unterstützung von Aktivitäten des RGSV. Dank dieser Unterstützung konnten wir überregionale Treffen des Netzwerkes, Informationskampagnen und Analysen zur Feststellung von gentechnischen Verunreinigungen in Maisfeldern in mehreren Regionen durchführen. Wir konnten Erfahrungen, Kenntnisse und Fachwissen mit Anderen austau-



sehen; am Wichtigsten war es uns aber, freundschaftliche Beziehungen zu stärken.

Auch in der Schweiz, in Genf, gründeten wir 2017 einen solchen Verein mit demselben Namen, der vor allem die Schaffung von gentechnikfreien Regionen in Kolumbien und die Vermehrung unserer einheimischen Sorten unterstützen will.

## Die Informationstournee 2018

Mit Unterstützung des Europäischen BürgerInnen Forums und des Schweizer Vereins «Les pieds dans la terre» fanden in der Schweiz mehrere öffentliche Veranstaltungen statt, auf denen ich die Auseinandersetzung um das Saatgut im aktuellen kolumbianischen Kontext erklären konnte. Die heutige Situation ist sehr komplex und nicht einfach zu beschreiben, da sie für Einige von uns auch gefährlich ist. Wir haben während der Tournee auch betont, dass unsere Auseinandersetzung für eigenes Saatgut in einem Land stattfindet, in dem es die weltweit höchste Anzahl interner Flüchtlinge<sup>3</sup> gibt. Dazu kommen die systematischen Morde an Menschen, die sich gegen Grossprojekte nationaler und transnationaler Firmen engagieren, welche unsere Umwelt und somit die Lebensgrundlage der Bevölkerung zerstören.

Mit einem Kurzfilm, der von Freiwilligen unserer Gruppe in der Provinz Cauca gedreht wurde, konnte ich unsere Arbeit vorstellen. In Lausanne ging meine Präsentation vor allem um die veränderte politische Situation in Kolumbien, seitdem ein sehr rechtsgerichteter Präsident an die Macht gekommen ist, und um die Schwierigkeiten, die dadurch für unsere Arbeit entstanden sind.

In Genf wiederum entstand auf einer Veranstaltung mit «Alternativa» ein interessanter Austausch mit dem Publikum über die Verbreitung gentechnischer Nahrungsmittel und die Auswirkungen, welche gewisse Aktionen in der Schweiz auf das Leben der Kleinbauern und -bäuerinnen in Kolumbien haben könnten. Auf dem Treffen in der Genfer «Hochschule für Landschaft, Technik und Architektur» (HEPIA) ging es vor allem um die Gefahren von gentechnisch veränderten Pflanzen für das Saatgut und die Existenz der Bäuerinnen und Bauern, und wie wir gentechnische Verunreinigungen in unseren Maisfeldern feststellen können, um deren Weiterverbreitung zu verhindern. Mit den Ergebnissen unserer Analysen können wir die Bevölkerung für diese Problema-

tik sensibilisieren und gentechnikfreie Regionen schaffen. Wir haben die Veranstaltung in der HEPIA genutzt, um Professor\_innen und Studierende einzuladen, ihre Forschungsarbeit in den Kontext kolumbianischer Kleinbäuerinnen und -bauern zu stellen, auch wenn dieser kulturell, politisch und wirtschaftlich sich sehr vom Schweizer Kontext unterscheidet.

Nach meinem Aufenthalt in der Schweiz hatte ich auch auf zwei Versammlungen in Spanien, in Madrid und in Perales de Tajuna, die Gelegenheit, über diese Themen zu informieren, und in Frankreich konnte ich wie jedes Jahr in dem freien Sender «Radio Zinzine» der Genossenschaftsbewegung Longo maï berichten.

Neben der täglichen Arbeit, welche die Gruppen unseres Netzwerkes in ihrer jeweiligen Region für die Produktion, die Vermehrung, die Promotion und den Verkauf einheimischer Sorten leisten, möchte ich noch von einem Erfolg berichten, auf den wir sehr stolz sind:

## Ein gentechnikfreies Territorium

San Lorenzo ist eine Gemeinde mit 20'000 Einwohner\_innen im Departement Narino im Süden Kolumbiens. Im März 2018 erregte San Lorenzo ein gewisses Aufsehen in den nationalen Medien auf Grund einer ungewöhnlichen Erklärung, welche die Gemeinde veröffentlicht hatte. Eine Initiative aus der Bevölkerung hatte erreicht, dass sich die Gemeinde zur gentechnikfreien Zone erklärte. Der Vorstoss ging auf eine Idee des «Netzwerks der Hüter\_innen der Samen des Lebens» (RGSV) aus dem Jahr 2012 zurück, Garantien für die Erhaltung einheimischer Sorten gegenüber den gentechnisch veränderten Organismen einzufordern. Mehr als 1'300 Unterschriften unterstützten die Initiative, die dem Gemeinderat und dem Bürgermeister abgegeben wurde. Diese Aufforderung wurde sehr positiv aufgenommen und führte zu einem Gemeinderatsbeschluss, der die Gemeinde gentechnikfrei erklärte. Dieser «kleine Samen» hat unserer Kampagne zum Schutz der bäuerlichen Sorten enorm geholfen, obwohl im Vergleich zur Grösse Kolumbiens nur ein ganz kleines Territorium betroffen ist. Da die Erklärung der Gemeinde aber in der Öffentlichkeit überraschend gut bekannt wurde, hat sie die kolumbianische Saatgutgesellschaft «Acosemillas»<sup>4</sup>, die uns überwacht, in Bedrängnis gebracht.



Ute Müller, Die Ameise, undatiert.

## Verankerung der bäuerlichen Ziele

Auch die Gründung des «Nationalen Netzwerkes für landwirtschaftliche Familienbetriebe» (RENAF) ist ein grosser Erfolg, der von mehreren Bewegungen getragen wird. Unser Netzwerk ist an dieser breiten Bewegung beteiligt, der es nach hartnäckigen Protesten gelungen ist, mit dem Landwirtschaftsministerium eine neue Verordnung (Verordnung MADR 464 / Dezember 2017) auszuhandeln, die den bäuerlichen Familienbetrieben einen besonderen Status gibt. Sie regelt für die Bauern und Bäuerinnen die Produktion und Vermarktung ihrer Produkte, inklusive des Saatgutes neu – unabhängig von den Vereinbarungen der Freihandelsabkommen. Diese Verordnung berücksichtigt agrar-ökologische Ziele, den regionalen Austausch, die Stärkung von Stadt-Landverbindungen und die Freiheit der Verbreitung von Saatgut.

Inzwischen hat uns der Saatgutverband «Acosemillas» beschuldigt, den Zugang der Bäuerinnen und Bauern zu neuen Technologien und zum freien Markt zu behindern, da «Acosemillas» gentechnisch verändertes Saatgut in bestimmten Gebieten nicht mehr verkaufen kann. Sie werfen uns auch vor, die freie Forschung zu behindern, indem die Bäuerinnen und Bauern gewisse Sorten und Pflanzen als ihr Eigentum betrachten und so die Entwicklung neuer Technologien blockieren würden.

## Früchte zum Teilen

Wir führen die Kampagne für gentechnikfreie Territorien weiter. Dafür testen wir unsere Mais-Sorten auf gentechnische Verunreinigungen und machen die Resultate so breit wie möglich

bekannt. Wir laden die Universitäten in unserem Land und auf der anderen Seite des Ozeans ein, uns dabei zu unterstützen. Wir verfolgen weiterhin das Ziel, die Sorten so stark wie möglich zu vermehren und deren Anbau sowie ihre Nutzung mit möglichst vielen Menschen zu teilen, die Interesse dafür zeigen. Wir werden auch die Auseinandersetzung mit «Acosemillas» weiterführen, auch wenn dies nicht einfach sein wird.

Wie immer steht unsere Arbeit in einem sehr komplizierten politischen Zusammenhang. Die Friedensvereinbarungen zwischen Guerilla und Regierung werden immer mehr ausgehöhlt und umgedreht – ohne absehbares Ende. Dazu kommt die gezielt gegen sozial und umweltpolitisch Engagierte gerichtete Gewalt, die uns alle zwingt, sehr vorsichtig zu sein. Aus diesem Grund mussten wir Aktivitäten in bestimmten Regionen bremsen. Wir machen aber mit der Vermehrung unserer heimischen Sorten weiter – im Vertrauen, dass sie immer schöne Früchte geben werden, die wir auch mit anderen Menschen teilen können.

Cynthia Osorio

1. Das RGSV wurde im Jahr 2000 gegründet und hat heute 400 Mitglieder in 18 Saatgutzentren, die in sechs Provinzen Kolumbiens aktiv sind. Ihr Ziel ist, die ursprünglichen, einheimischen Kulturpflanzen wieder zu entdecken und zu vermehren, um sie für die regionale Selbstversorgung der Bevölkerung aufzuwerten.

2. Das Buch zum Tribunal: «Ökozid – Konzerne unter Anklage», 120 Seiten, Europäisches Bürgerforum / CEDRI, Basel, 2017. Preis: CHF 15.- / 12 Euro.

3. Letzte Angaben des UNHCR aus dem Jahr 2017.

4. Acosemillas: kolumbianische Gesellschaft für Saatgut und Biotechnologie. Sie hat von der Gemeinde San Lorenzo verlangt, ihre Erklärung als gentechnikfreies Territorium zu verändern. Die verlangten Veränderungen werden derzeit in der Gemeinde diskutiert.

# Mut zeigen!

**Am 10. Dezember 2018 wurde Anni Lanz, die ehemalige Sekretärin von «Solidarité sans frontières» verurteilt, weil sie einem afghanischen Flüchtling in einer Notsituation Beistand geleistet hatte. Auch andere, die durch zivilen Ungehorsam Leben retteten, wurden absurder Weise dafür bestraft.**

«Paul Grüninger entschied sich dafür, seine ethischen Werte über die Treue zu seinen Pflichten als Polizeipräsident zu stellen. Ihm war Menschlichkeit wichtiger als seine Karriere oder seine Gesundheit. Paul Grüninger hat den moralischen Mut vor Egoismus, Bequemlichkeit und Apathie gestellt. Sein Beispiel bleibt auch für heute eine Quelle der Inspiration – in einer Zeit, in der die Welt täglich in Abscheulichkeiten, Menschenrechtsverletzungen und Kriegen versumpft. Diejenigen, die sich trauen, ungehorsam zu sein, retten die Menschlichkeit.»<sup>1</sup> So sprach der ehemalige schweizerische Bundesrat Johann Schneider Amman, der am 30. Oktober 2017 den verstorbenen St. Galler Polizeipräsidenten Paul Grüninger würdigte. Paul Grüninger hatte in den 1930er Jahren Hunderten von jüdischen Menschen, die vor den Nazis flüchteten, gefälschte Papiere besorgt und somit das Leben gerettet.

«Sein Beispiel bleibt auch für heute eine Quelle der Inspiration» – das stimmt, insbesondere für diejenigen, die sich mit Flüchtlingen solidarisieren und ihnen in Notsituationen beistehen und dabei gegen Gesetze verstossen. Die gleichen Behörden, die ihr Gewissen ins Reine zu bringen versuchen und die Helden von gestern ehren, kriminalisieren die Helfenden von heute. Die Geschichte von Anni Lanz aus Basel, der ehemaligen Sekretärin von «Solidarité sans frontières», zeigt dies ganz deutlich.

## Ein junger Afghane in Not

Es beginnt im April 2017, als der junge Afghane, den wir hier Tom nennen, vor den Taliban flieht und bei seiner Schwester und seinem Schwager in der Schweiz Zuflucht sucht. Sein Vater, der in Afghanistan verblieben war, wird aus Rache umgebracht. Nach seiner Ankunft in der Schweiz erfährt Tom, dass seine Frau und sein Kind ebenfalls ermordet worden sind. Der Schock ist enorm. Mehrere Arztzeugnisse belegen, dass Tom an einem schweren Syndrom eines post-

traumatischen Stresses leidet. Er wird vierfach in einer psychiatrischen Klinik aufgenommen und begeht mehrere Selbstmordversuche. Trotz seines alarmierenden Gesundheitszustandes beschliesst das «Staatsekretariat für Migration» (SEM) ihn gemäss dem Dubliner Abkommen nach Italien auszuschieffen. Anni Lanz, die mit dem «Solinetz» regelmässige Besuche im Ausschaffungsgefängnis «Bässlergut» in Basel abstatet, trifft ihn dort erstmals im Februar 2018. Einige Tage später wird Tom nach Mailand ausgeschafft. Als ihn das dortige Asylzentrum auch auf die Strasse stellt, verbringt er mehrere Nächte draussen, ohne Jacke und Mantel, bevor er sich nach Domodossola durchschlägt, wo er telefonisch Bekannte kontaktieren kann.

Als Anni von seinem Zustand erfährt, entschliesst sie sich sofort hinzufahren, um ihm beizustehen. Zu diesem Zeitpunkt lebt Tom auf der Strasse und schlägt sich mit Betteln durch. Zuerst versucht Anni in Italien eine Bleibe in einem Hotel oder einem Spital zu finden, was aber unmöglich ist, weil er keine Papiere hat. Dabei ist Not am Mann, denn sein physischer und psychischer Gesundheitszustand ist bedenklich.

## Hilfe wird bestraft

Also entscheidet sich Anni dafür, ihn zu seinen Angehörigen in die Schweiz zurückzubringen. An der Grenze werden sie angehalten und kontrolliert, und Tom wird nach Italien zurückgeschickt. In der Folge wird er nie wieder auftauchen. Währenddessen wird Anni wegen Beihilfe zur illegalen Einreise zu einer Busse von 300 Schweizerfranken und einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu je 50 Franken verurteilt. Sie beschliesst dagegen zu rekurrieren, um gegen die Kriminalisierung der Solidarität zu protestieren und die Ausschaffung von Tom und die Dubliner Verordnungen anzuprangern.

Am 6. Dezember 2018 findet in Brig im Wallis der Prozess statt. Während der Befragung durch den Richter erläutert Anni, dass

der Generalsekretär des Basellandschaftlichen Polizeidepartements sich ihr gegenüber entschuldigt hätte und erklärt habe, dass diese Ausschaffung nicht hätte stattfinden sollen. Trotzdem genügen die guten Argumente von Anni und ihrem Anwalt Guido Ehrler, die für einen Freispruch ins Feld geführt wurden, nicht, um den Richter umzustimmen. Die Unmöglichkeit, Tom in Italien zu helfen, und die ehrenhafte Motivation der 72-jährigen Anni mindern das Strafmass, aber im Urteil, das am 10. Dezember schriftlich begründet wird, bestätigt der Richter die Verurteilung; einzig das Strafmass wird um 1'000 Franken auf insgesamt 800 Franken reduziert.

## Ehrenhafte Motive berücksichtigt

Dieses Verfahren fügt sich in die Reihe mehrerer Prozesse, in denen solidarische Menschen als Kriminelle verklagt werden. In Frankreich wurde der Landwirt Cedric Herrou im Rekursverfahren vom Kassationsgericht von der Anklage der illegalen Beihilfe für Asylbewerber im Roya-Tal freigesprochen. Ganz anders er-

ging es den sogenannten «Sieben von Briançon». Sie wurden am 13. Dezember 2018 zu ziemlich schweren Strafen verurteilt (siehe Kasten). Die Regierungen bemühen sich offensichtlich, das Interesse der Öffentlichkeit von der sozialen Krise abzulenken, um die Privilegien der Ultra-Reichen zu schützen. Zu diesem Zweck fördern sie Rassismus und kriminalisieren die Flüchtenden und ihre Helfer\_innen. In der Schweiz hat die grüne Abgeordnete aus Genf, Lisa Mazzone, eine parlamentarische Initiative eingereicht, um den Artikel 116 des Ausländergesetzes zu ändern, der jegliche Erleichterung der illegalen Einreise, des Aufenthaltes oder der Ausreise verbietet. Der Tatbestand soll demnach nicht als solcher betrachtet werden, wenn ehrenhafte Motive dahinter sind. Somit werden die Parlamentarier\_innen Gelegenheit haben, der Ehrung des Polizeikommandanten Paul Grüninger wirklich gerecht zu werden.

Amanda Ioset  
Solidarité sans frontières

1. Dank «Vivre Ensemble» aus Genf wurde dieses Zitat bekannt: Vivre Ensemble Nr. 168 / Juni 2018.

## Die «7 von Briançon» verurteilt

Die Urteile im Prozess gegen die «7 von Briançon»<sup>1</sup> wurden am 13. Dezember 2018 im Strafgericht von Gap, Frankreich, verkündet. Alle Angeklagten sollen bestraft werden. Die Empörung ist gross.

Die angeklagten Aktivist\_innen (zwei Schweizer, eine Italienerin, drei Franzosen und eine Französin) hatten im April 2018 an einer antifaschistischen, grenzüberschreitenden Demonstration in den italienisch-französischen Alpen teilgenommen und – laut Anklage – im Zuge derselben «illegale Migrant\_innen» nach Frankreich eingeschleust. Obwohl die Beweislage äusserst dünn ausfiel, folgte die Richterin in allen Punkten dem Staatsanwalt und verurteilte die Angeklagten wegen «Beihilfe zum illegalen Grenzübertritt von Ausländer\_innen» zu den von diesem geforderten Strafen: für fünf der Angeklagten je 6 Monate Haft auf Bewährung und für die französischen Aktivistinnen Mathieu Burellier und Jean-Luc Jalmain 12 Monate Gefängnis, davon 8 auf Bewährung und – wegen Vorstrafen bzw. «Rebellion» gegen Ordnungskräfte – 4 Monate in Haftvollzug. Zudem soll Mathieu Burellier rund 5'000 Euro Schmerzensgeld an Polizisten bezahlen, die versucht hatten, ihn zu verhaften. Mehrere Zeugen bestätigten zwar, dass Mathieu in wehrlosem Zustand von der Polizei malträtiert worden war, trotzdem gab das Gericht den Polizisten Recht, die geltend machten, dass der Angeklagte ihnen gegenüber aggressiv geworden wäre. Die Verurteilten, Anwälte und Anwältinnen sowie rund 200 solidarische Menschen konnten nach der Urteilsverkündung ihre Enttäuschung, ihr Unverständnis und ihre Wut nicht verhehlen. «Der Staat und die Justiz haben sich für den Tod entschieden», erklärten die Verurteilten, die regelmässig auf Bergtour gehen, um Migrant\_innen in den Alpen zu retten. In letzter Zeit waren bereits drei Flüchtlinge umgekommen. Sie erinnerten daran, dass die Demonstration, an der sie teilgenommen hatten, eine Reaktion auf den ungestraften Auftritt von Mitgliedern der rechtsextremen identitären Bewegung in den Bergen an der italienisch-französischen Grenze war. Diese hatten kurzzeitig einen Grenzpass medienwirksam mit Barrieren geschlossen.

«Wir lassen nicht zu, dass unsere Berge braun werden!» erklärten die Verurteilten, und dass sie auf jeden Fall weitermachen wollten. Sie riefen alle Sympathisant\_innen dazu auf, so zahlreich wie möglich an den Rettungsaktionen in den Alpen teil zu nehmen. Die Sieben legen Rekurs gegen den Gerichtsentscheid ein.

Michael Rössler, EBF

1. Siehe Archipel vom Dezember 2018